

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 4

Artikel: Was man freiwillig zu tun hat : ein Samisdat-Dokument über einige Formen der sowjetischen Alltagsrepression
Autor: Nikolajew, J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093870>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Samisdat-Dokument über einige Formen der sowjetischen Alltagsrepression

Was man freiwillig zu tun hat

Das nachfolgende Dokument von Jewgenij Nikolajew aus dem «Archiv Samisdata» (München) erinnert daran, dass die politische Repression in der UdSSR durchaus Massencharakter hat, auch dort, wo sie sich nicht polizeilich kundtut. Für den Normalbürger besteht «der ganz gewöhnliche Faschismus» (so ein seinerzeitiger sowjetischer Filmtitel) zum Beispiel in allerhand freiwilligen Tätigkeiten, deren Freiwilligkeit er aber besser nicht erprobt, wenn er die Folgen vermeiden will. Hier geht es um fünf Hauptformen der gelogenen Freiwilligkeit.

Ueber seinen eigenen Fall berichtet Nikolajew beiläufig als Beispiel in der dritten Person. Er hatte es systematisch auf die Freiwilligkeit ankommen lassen, indem er das Mitmachen überall dort verweigerte, wo es formell nicht obligatorisch war. Die Folgen für ihn waren psychiatrische Zwangsbehandlung und Arbeitslosigkeit. Wir bringen seinen Text mit einigen Kürzungen.

Neben Gefängnis, KZ, psychiatrischer Klinik des Allgemein- und des Spezialtyps, öffentlicher administrativer Ueberwachung, Verbannung, psychiatrischer Registrierung am Wohnort, wird in der UdSSR in weitem Ausmass eine andere Form der Repression angewandt. Sie hat Massencharakter. Es handelt sich um die Pflicht zum freiwilligen Mitmachen.

1. Politischer Unterricht in den Betrieben

In allen Einrichtungen und Betrieben der UdSSR, in allen Fabriken und Werken, in allen wissenschaftlichen Forschungsinstituten, an allen Lehranstalten werden regelmässig politische Uebungen durchgeführt mit dem Ziel, «das politisch-ideelle Niveau der Arbeitenden zu erhöhen und sie im Geiste bewusster Baumeister des Kommunismus zu erziehen».

Formell ist die Teilnahme an den Politübungen freiwillig, praktisch aber ist man zu ihnen gezwungen. Das Fernbleiben von den Politübungen kann Folgen haben:

Eine scharfe Kritik in der Betriebsversammlung, Schwierigkeiten bei der Beförderung am Arbeitsplatz, Zuweisung schlechter bezahlter Arbeit, Kündigung, Hospitalisierung in einer psychiatrischen Klinik usw.

Heutzutage, da L. I. Breschnew Bücher geschrieben hat, werden in den zwangsweisen Politübungen Lesungen seiner Memoiren organisiert.

Nach Aussage eines Doktors der Naturwissenschaften zwang man die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts, an dem er arbeitet, alles Akademiker, gemeinsam zuzuhören, wie ihnen ein Parteipropagandist aus Breschnews Werken vorlas. Diese Lesungen zogen sich über einige

Wochen hin. Nach der letzten Lesung veranstaltete man eine öffentliche Stellungnahme zu den vorgetragenen Werken. Jeder wissenschaftliche Mitarbeiter sollte seine Eindrücke wiedergeben und hervorheben, was in den Werken seiner Meinung nach besonders grosse literarische oder politische Bedeutung habe.

2. Der sozialistische Wettbewerb

Der sozialistische Wettbewerb, die freiwillige Pflicht zu Zusatzleistungen, herrscht in der UdSSR auf allen Gebieten der Kultur und Wissenschaft.

Er wird parallel zu den bestehenden Planverpflichtungen künstlich ausgerufen. Man will die Arbeitenden dazu zwingen, die erhöhten sozialistischen Verpflichtungen anzunehmen.

Sozialistische Verpflichtungen sind kollektiv oder individuell. Eine sozialistische Verpflichtung erfüllen, bedeutet zum Beispiel, dass der Arbeiter an irgendeinem Tag wie dem 1. Mai, an Lenins Geburtstag, am Tag der «Oktoberrevolution», am Tag der Verfassung, zu einem KPdSU-Kongress usw. verspricht, den Plan vorfristig zu erfüllen. Diese gesellschaftlichen Verpflichtungen werden als sowjetische Lebensweise durch die KPdSU und den sowjetischen Staat belobigt. Lehnt man es jedoch ab, die gesellschaftliche Verpflichtung auf sich zu nehmen, so kann das ebenfalls die oben gezeigten Folgen haben.

Es ist klar, dass unter diesen Umständen für unser Land die Losung «Freiheit des Wortes» nicht so sehr in der Forderung besteht, frei seine Meinung äussern zu dürfen, als vielmehr im Recht, wenigstens schweigen zu dürfen, ohne sich Repressalien einzuhandeln. Für uns ist das Recht aktuell, nicht gezwungen werden, das zu reden, was unserer Ueberzeugung widerspricht, oder an Politübungen und sozialistischen Verpflichtungen teilzunehmen.

Aehnliches gilt vom freien Austausch der Information. Wir haben im Augenblick nicht das Recht, die Literatur zu lesen, die wir möchten, wir haben aber auch nicht das Recht zum Verzicht. Wir müssen lesen und anhören, was uns zu lesen und anzuhören die Parteipropaganda



Es würde keine Selbstherrlichkeit der Direktoren zu karikieren geben, wenn wirklich die Arbeiter die Herren ihrer Betriebe wären. Links die Türe zum Chef: «Gestatten Sie?» — Rechts der Rückblick auf die Karriere: «Hier seht ihr mich, wie ich noch ein ganz kleiner Chef war.» («Krokodil», Moskau)



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt.

Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen!

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

zwingt. Uns geht es bloss um das Recht auf Freiheit von überflüssiger und unwichtiger Information.

3. Die Subbotniki

(Subbotnik, von subbota = Samstag: freiwillige, kollektive, unbezahlte Arbeit zugunsten des Staates in der Freizeit, ursprünglich nur samstags, Anm.)

Am 12. April 1919 begründete eine Gruppe Moskauer Rangierarbeiter den kommunistischen Samstag, den Subbotnik. Dieses Ereignis ist in dem Werk Lenins «Der grosse Anfang» beschrieben.

Am 12. April 1969, am 50. Jahrestag des «Grossen Anfangs», wurde die Praxis der zwangsweisen kommunistischen Samstage wiederaufgenommen. Seitdem wird an einem Samstag im April im ganzen Land ein verpflichtender kommunistischer Samstag durchgeführt.

Der kommunistische Samstag bedeutet unbezahlte, «freiwillige» Arbeit, wodurch die Arbeitenden ihr kommunistisches Bewusstsein demonstrieren. Faktisch steht am Anfang dieser Samstage der Zwang. Wer die Teilnahme am Subbotnik ablehnt, muss mit Folgen rechnen.

4. Ausserordentliche Versammlungen

Der Protest gegen die chinesische Intervention in Vietnam, die Annahme der neuen Verfassung, der Geburtstag Lenins sind Anlässe für ein Meeting. Die Teilnahme an all diesen politischen Veranstaltungen hat ebenfalls verpflichtenden Charakter. Der Verzicht auf Teilnahme kann Folgen nach sich ziehen. Daher ist für uns nicht so sehr das Recht auf Teilnahme an freien, nicht vorprogrammierten Meetings, Treffen, Demonstrationen wichtig, als vielmehr das Recht, jenen Versammlungen, die von der Regierung organisiert wurden und verpflichtend sind, fernbleiben zu dürfen.

5. Der freiwillige Beitritt zu gesellschaftlichen Organisationen

In der UdSSR existiert eine grosse Anzahl gesellschaftlicher Organisationen, denen beizutreten nicht freiwillig ist.

So gibt es die offiziellen Gewerkschaften, die Gesellschaft für Zusammenarbeit mit dem Heer, der Luftwaffe und der Marine, die freiwillige Gesellschaft für Sport, die freiwillige Gesellschaft des Roten Kreuzes usw. Formell wird die Mitgliedschaft in jeder dieser Organisationen nicht erzwungen. Faktisch aber ist die Mitgliedschaft in diesen Organisationen Zwang. Und die Ablehnung, bei der einen oder anderen Organisation den Mitgliedsbeitrag zu zahlen, kann Folgen nach sich ziehen.

Daher ist für die Bevölkerung der UdSSR nicht so sehr das Recht der Gründung von Vereinen und Organisationen, die vom Staat unabhängig sind, wichtig, als vielmehr das Recht, den offiziellen vom Staat kontrollierten Organisationen nicht beitreten zu müssen. Es besteht kein Zweifel darüber, dass Personen in Gefängnissen und Nervenkliniken bei weitem stärkeren Repressalien ausgesetzt sind, aber den von mir aufgezählten «schwachen» Formen der Repression sind die ganze erwachsene Bevölkerung und die Schüler der UdSSR unterworfen. Ausserdem kann die Nichtteilnahme an zwangsweisen Massnahmen und die Nichtmitgliedschaft in den Pflichtorganisationen, je nachdem, um wen es sich handelt, strenge und grausame Formen der Repression mit sich bringen wie psychiatrische Zwangsbehandlung und Inhaftierung.

Bei Gerichtsverfahren gegen Dissidenten wird gewöhnlich darauf hingewiesen, dass die Angeklagten nicht am gesellschaftlichen Leben des Kollektivs teilgenommen haben.

Gerade deswegen darf man, wie ich meine, diese «schwachen» Formen politischer Repressalien nicht ausser acht lassen. Es geht nicht nur darum, dass sie Massencharakter haben und dem Millionenherr der Parteilosen aufgebürdet werden, sondern auch darum, dass sie praktisch dazu dienen, den aktiven Andersdenkenden und Andershandelnden zu entlarven und so das Menschenmaterial für schärfere Formen politischer Repression zu liefern.

Ich bringe ein Beispiel: Jewgenij Borissowitsch

Nikolajew war ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Desinfektion und Sterilisation. 1970 ging er nicht zu den Politbeschäftigungen und nahm am Subbotnik nicht teil. Er besuchte das Meeting zum 100. Geburtstag Lenins nicht, er lehnte es ab, die sozialistischen Verpflichtungen zum 24. Parteitag der KPdSU zu übernehmen. Ihm wurde daraufhin gekündigt. Man verbrachte ihn in eine psychiatrische Klinik und hielt ihn dort gut vier Monate lang fest. Bis heute hat er noch keine Arbeit gefunden. Unlängst unterzog man ihn erneut einer psychiatrischen Untersuchung in einer Klinik.

Jurij Walow ist ein anderer Fall. Nachdem er im Jahre 1978 am Radio von der Gründung einer Freien Gewerkschaft gehört hatte, trat er aus der offiziellen Gewerkschaft aus und erklärte seinen Wunsch, in die Freie Gewerkschaft (Bezirk Moskau) eintreten zu wollen. Man entliess ihn aus seinem Arbeitsverhältnis und wies ihn in eine psychiatrische Klinik ein.

Wadim Konowalichin aus der Stadt Sowjetsk, Bezirk Kaliningrad, ist Meister in Radiotechnik; er arbeitete in einem Fernsehatelier. Auch er hörte im (westlichen) Radio von der Freien Gewerkschaft, verliess die offiziellen Gewerkschaften und erklärte, in die Freie Gewerkschaft eintreten zu wollen. An seinem Arbeitsplatz weigerte er sich, Geld in den «Friedensfonds» zu zahlen, indem er sagte, es sei besser, das Geld dem «Solschenizyn-Fonds» zur Hilfe für politische Gefangene zu geben. Er wurde entlassen, in eine psychiatrische Klinik gebracht, später verhaftet und gemäss Artikel 190-1 des Strafgesetzbuches der RSFSR zu fünf Jahren Verbannung verurteilt (als Grund für seine Verurteilung führte man Verleumdung des sowjetischen Aufbaus an). Konowalichin verbringt die Verbannung in der ASSR Komi.

Daraus geht hervor, dass man nicht selten demjenigen, der nicht parteikonform handelt, seine Berufsarbeit verweigert oder ihn überhaupt von jeglicher Arbeit ausschliesst. *Je. Nikolajew*



Gegen die De-facto-Zwangsmitgliedschaft in der gelogenen «Organisation der Werktätigen» gründete der Bergarbeiter Wladimir Klebanow (links) 1978 den Unabhängigen Gewerkschaftsbund der Sowjetunion. Heute hat das KGB diese Gruppierung ebenso wie eine spätere Nachfolge-Organisation so gut wie zerschlagen. Klebanow selbst und viele Mitglieder sind eingesperrt, andere hat man auf die Strasse gesetzt.